



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 24. Mai 1887.

Nr. 236.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Juni für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 23. Mai.

Das Haus und die Tribünen sind spärlich besetzt.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär v. Bötticher nebst Kommissariern.

Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

1. Dritte Berathung der am 9. September v. J. zu Bern zwischen dem Reich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Haiti, Italien, Liberia, der Schweiz, Spanien und Tunis abgeschlossenen Uebereinkunft betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst nebst Zusatzartikel, Schlussprotokoll und Vollziehungprotokoll vom gleichen Tage.

Das Haus genehmigt die Uebereinkunft definitiv ohne Debatte und erlegt sodann gleichfalls ohne Debatte die erste und zweite Berathung der am 1. Dezember 1886 resp. 23. März 1887 in Paris vollzogenen Deklaration der Artikel 2 und 4 des internationalen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 in Verbindung mit der ersten und zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des internationalen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 durch unveränderte Annahme beider Vorlagen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betreffend Abänderung beziehungsweise Ergänzung des Gesetzes betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 auf Grund der 14. Kommission (Berichterstatter Abg. Baur Schmidt [natlib.]).

Abgesehen von einer kurzen Ausführung des Abg. Frhrn. v. Buol-Berenberg (Zentr.), welcher sich bereits bei der ersten Lesung mit der Tendenz des Gesetzes einverstanden erklärt, erhebt sich eine Debatte nur anlässlich der Bestimmung des § 7, daß die Feststellung der betreffenden Schäden, sofern über den Betrag eine Einigung nicht stattfindet, endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges auf Grund sachverständiger Schätzung erfolgen soll.

Während Abg. Rintelen (Zentr.) eine weitere Ausdehnung der Zulassung des Rechtsweges wünscht, führt

Staatssekretär v. Bötticher aus, daß nach dem klaren Wortlaut der Vorlage der Rechtsweg nur bezüglich der Frage nach der Höhe der Entschädigungen ausgeschlossen sei und daß, da es sich hier um reichsgerichtliche Bestimmungen handle, die Angelegenheit des Ausschusses des Rechtsweges auf dem in Rede stehenden Gebiete auch in Preußen im Sinne des in Rede stehenden Paragraphen geregelt werden solle.

Abg. v. Köller (Kons.) erklärt, daß nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs die Bedenken des Abg. Rintelen beseitigt erschienen, während der genannte Redner des Zentrums glaubt die Aufnahme eines Passus in das Gesetz verlangen zu sollen, in welchem die Zulässigkeit des Rechtsweges in bezüglichen Fällen für Preußen besonders ausgesprochen werde.

Nach einer weiteren Ausführung des Abg. Frhrn. v. Uruhe-Bomst (deutsche Reichsp.), welcher sich in gleichem Sinne wie der Abg. von Köller für eine möglichst beschleunigte, durch Sachverständige vorzunehmende Schätzung der betreffenden Schäden ausspricht, wird § 7 und darauf der Rest der Vorlage unverändert nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt.

Den folgenden Gegenstand bildet die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend

die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879, welche ohne Diskussion erledigt wird; die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen, da ein Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission nicht gestellt worden.

Es folgen Wahlprüfungen, und zwar werden die Wahlen der Abg. Dr. Reinhold (natlib.), Ridert (dfreis.), Sabor (Sozialdem.), Schrader (dfreis.), Kulemann (natlib.), Günther-Naumburg (natlib.), Brauer (deutsche Reichsp.), Leuschner-Sachsen (natlib.), Dr. Deahna (wild), Fieser (natlib.), Lüders (dfreis.), Frhr. v. Arnswaldt-Hardenbostel (Welse) und Lerche (dfreis.) auf Grund der mündlichen Berichte der Abgg. Kochann (Zentr.), Gebhard (natlib.), Dr. Marquardsen (natlib.), Fieser (natlib.), Schmieder (dfreis.), v. Köller (Kons.), Gröber (Zentr.), Schmidt-Eichstätt (Zentr.), Veiel (natlib.), Frhr. v. Friesen (Kons.) und v. Köller (Kons.) ohne nennenswerthe Debatte für gültig erklärt, nachdem ein angeführtes der Thatsache, daß einzelne Referate ungenügende Breite angenommen, von dem Abg. v. Kleist-Rehnow (Kons.) geäußert Wunsch, man möge die mündlichen Berichte in denjenigen Fällen, in welchen die Gültigkeit der betreffenden Wahl beantragt und keine Resolution in Vorschlag gebracht werde, thunlichst abkürzen, allseitige Zustimmung gefunden; bei einem Theil der für gültig erklärten Wahlen werden dem Antrage der Wahlprüfungskommission entsprechend gleichzeitig Resolutionen angenommen, welche die geeignete weitere Verfolgung einzelner näher festzustellender Wahlunregelmäßigkeiten ins Auge fassen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr
Tagesordnung: Rechnungssachen, Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission betr. die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Grad (Elsass-Lothringen) und zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Unfallversicherung bei Bauten beschäftigter Personen.

Schluß 4^{3/4} Uhr.

Deutschland.

Berlin, 23. Mai. Die „Nowoje Wremja“ in Petersburg hat einen Heftartikel gebracht, der sich mit der „Organisation der deutschen Spionage“ beschäftigt. In Folge dessen ist der deutsche Botschafter in Petersburg, Herr von Schweinitz, durch den Reichskanzler beauftragt, energisch auf sofortiges Einschreiten gegen die „Nowoje Wremja“ zu dringen. Herr von Schweinitz ist diesem Auftrage bereits nachgekommen.

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde vor fast leerem Hause eröffnet. Auf der Rechten und Linken wurden die Sitzreihen der Parteien nur durch vereinzelte Abgeordnete markirt. Nur in der Mitte hatten sich um einige Führer des Zentrums und der nationalliberalen Partei kleinere Gruppen gebildet. Lebhafter ging es in den Wandelgängen und den Restaurationszimmern zu, wo der Beschluß der Branntweinsteuer-Kommission, bei der Verhandlung über die Nachsteuer von dem Ausschluß der Öffentlichkeit abzuweichen, auf das eifrigste besprochen wurde. Die Angelegenheit soll nun in der ersten Sitzung der Kommission nach den Ferien zur Verhandlung gelangen. Die ersten Gegenstände der Tagesordnung, die internationale Literarkonvention, das Gesetz zur Ausführung des internationalen Vertrags zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel wurden ohne Debatte erledigt; ebenso die Novelle zum Nahrungsmittelgesetz; kaum daß jemand hinhörte, wie die einzelnen Titel und Artikel der betreffenden Vorlagen aufgerufen wurden. Erst an die Novelle zum Gesetz betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht knüpfte sich eine kleine Debatte an; während derselben füllte sich auch der Sitzungssaal etwas. Es bildeten sich Gruppen, in denen offenbar die Verhandlungen von draußen weitergesprochen wurden, da die Wahlprüfungen, die an letzter Stelle auf der Tagesordnung standen, zu keinerlei aufregenden Debatten Veranlassung boten. Endlose Berichte der Referenten über die Verhandlungen in der Kommission, die im Gemurmel der Plaudernden fast verklungen; dann ein leises Rühren der Glöde auf dem Präsidententisch und die Er-

klärung, daß, da sich Widerspruch nicht erhob, der Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung angenommen sei, das waren die Szenen, die sich etwa ein Duzendmal wiederholten, bis dem alten Herrn v. Kleist-Rehnow die Geduld gab er dem Wünsche Ausdruck, daß die Gültigkeit der Wahl beantragt werde, sich kürzer fassen möchten. Leider hatte er bei seinem Wunsche die Gewissenhaftigkeit der Berichterstatter außer Betracht gelassen, von denen keiner es sich nehmen lassen wollte, das Haus in aller Ausführlichkeit über die Vorgänge in der Kommission zu unterrichten. Erst gegen 4^{1/2} Uhr schloß die Sitzung. Morgen soll die Unfallversicherung der Bauhandwerker beraten werden.

In der „Neckar-Ztg.“ lesen wir: „Oberndorf, 18. Mai. Ein bisher todt geglaubter Veteran aus dem deutsch-französischen Kriege, gebürtig von einem Hofe bei Nidhalden diesseitigen Oberamts, welcher seither in der Gefangenschaft in Algier schmachtete, kam dieser Tage auf hiesigen Bahnhofe an, um von hier aus nach 17 Jahren die Heimath wieder aufzusuchen. Derselbe war von der südlichen Sonne und der schweren Arbeit — er mußte am Pfluge das Pferd ersehen — so gebräunt und unkenntlich geworden, daß ihn der Schultheiß nicht sofort anerkennen wollte. Seine alsbald herbeigerufene Frau, die sich inzwischen wieder verheiratet hatte, erkannte ihn sofort als ihren ersten Mann. Aus der Gefangenschaft in Algier entkam der Bedauernswerthe dadurch, daß er mit noch anderen Sklaven deutscher Abkunft einen unbewachten Augenblick benutzte, den Pflug verließ und sich bei Tag in den Wäldern versteckt hielt, während er bei Nacht weiter reiste und so endlich in die Heimath kam. Nach dessen Aussagen soll noch eine größere Anzahl Deutscher gefangen in Algier schmachten. Dem Kriegsministerium ist von ihm hierüber Meldung gemacht worden.“ Die Verantwortung für diese Nachricht muß selbstverständlich die eingangs genannte Zeitung tragen. Als sehr wünschenswerth aber muß eine behördliche Untersuchung der zu Grunde liegenden Thatsachen betrachtet werden, damit entweder diese beängstigenden, wiederholt auftauchenden Gerüchte zum Verschwinden gebracht werden oder aber, falls dieselben sich wider Erwarten als wahr erweisen sollten, die nöthigen Schritte bei der französischen Regierung gethan werden können. Letztere hat bekanntlich auf diesseitige Anfrage in Abrede gestellt, daß sich Gefangene aus dem Kriege noch in französischen Händen befänden. Immerhin ist es selbst bei gutem Willen nicht leicht, bis in jeden Winkel Süd-Algiens Polizei zu üben.

Neben der großen Ministerkrisis in Frankreich ist jetzt zur Abwechslung auch von einer kleinen preussischen Ministerkrisis die Rede. Die „Wes.-Ztg.“ meldet nämlich:

Herr von Bennigsen habe mit großer Entschiedenheit erklärt, daß die nationalliberale Partei für eine Erhöhung der Getreidezölle nicht zu gewinnen sei. Darauf habe Fürst Bismarck sofort, trotz des förmlichen Beschlusses des Staatsministeriums, die Absicht der Kornzollerhöhung bis auf Weiteres vollständig ausgegeben. Dadurch fühle sich nunmehr Minister Lucius gegenüber seinen bestimmten Erklärungen im Abgeordnetenhaus verarzt bloßgestellt, daß er durchaus seine Entlassung herbeiführen wolle.

Jeder deutsche Soldat, der künftig ins Feld zieht, wird vor dem Ausmarsch ein Verbandpäckchen erhalten, das ihn in die Lage versetzt, bei Verwundungen den ersten Verband selbst anzulegen. Das wird zur Folge haben, daß bei Weitem nicht so viel Soldaten den erlittenen Verletzungen erliegen, wie bisher, wo sehr oft nicht sowohl die Wunde an und für sich, sondern daß sie stundenlang unverbunden blieb, sich entzündete u. s. w., die Ursache zu den schlimmen Folgen derselben war. Mit der Anfertigung des größten Theils dieser Verbandpäckchen ist, wie die „Post“ berichtet, eine Firma in der Dranienburgerstraße zu Berlin seitens des Kriegsministeriums betraut worden, die zur Herstellung eines den ärztlichen Anforderungen der Gegenwart vollständig entsprechenden Verbandmaterials durch Geh. Rath v. Bergmann herangebildet worden ist. Jedes dieser Verbandpäckchen enthält eine Kam-

brikbinde, zwei Kompressen aus entfettetem Mull und eine Sicherheitsnadel. Diese Gegenstände sind in eine Umhüllung von wasserdichtem Verbandstoff eingnäht. Die Binden sowohl als die Kompressen werden, bevor sie eingnäht werden, mit einer Sublimatlösung (Quecksilberchlorid, das stark desinfizierend wirkt) getränkt. Man kann sich einen Begriff von dem Umfang der Vorsehung machen, wenn man erwägt, daß etwa 18,000 Kilo Sublimatlösung zu der betreffenden Imprägnierung verbraucht werden. Die Bestimmung der Binden und Kompressen sowohl, wie auch das Sublimat erfordern die größte Sauberkeit und Umsicht bei Anfertigung der Verbandpäckchen. Deshalb sind auch die 200 Mädchen, die dieselben herstellen, mit weißleinenen Mänteln bekleidet, während zugleich in einem Vorraum zu den Arbeitsstätten Reihen von Waschgefäßen aufgestellt sind. Für die Garderobe der Arbeiterinnen ist wiederum ein besonderer Raum bestimmt und ebenso ist ein besonderer Saal für sie hergerichtet, in dem sie ihr Essen einnehmen, da es ihnen auf das Strengste verboten ist, während der Arbeit zu essen. Die Herstellung der Verbandpäckchen geschieht unter steter Kontrolle der Militärverwaltung, die ihr eigenes Bureau neben den Arbeitsstätten hat, in dem der mit der Kontrolle beauftragte Sanitätsoffizier mit dem ihm beigegebenen pharmazeutischen und militärischen Personal die Abnahme bewirkt. Je 10 Verbandpäckchen werden zusammengeschnürt und mit einer Marke versehen, welche die Unterschrift des kontrollirenden Sanitätsoffiziers trägt. Die Versendung an die einzelnen Truppentheile geschieht von der Fabrik aus. Die täglich fertiggestellten Packete werden unter militärischer Bewachung zur Post geleitet. Täglich werden über 15,000 solcher Verbandpäckchen hergestellt.

Meß, 22. Mai. Die Gedenkfeier der großen Schlachten bei Meß soll in diesem Jahre eine größere Ausdehnung erhalten als bisher. Seit einigen Jahren werden aus allen Theilen Deutschlands von Vereinen und Privaten Kränze und Geldmittel zum Schmuck der Kriegergräber gesendet. Letztere flossen in den abgelaufenen zwei Jahren so reichlich, daß außerdem noch der Ankauf von mehreren Tausend Tannen- und Lärchenbäumchen ermöglicht wurde, welche als ein bleibender Schmuck auf die Kriegergräber gepflanzt wurden. Mit der diesjährigen Gräberschmückung soll eine Gedenkfeier verbunden werden, zu welcher verschiedene altdeutsche Kriegervereine, unter Anderem auch einer aus Sachsen, hierher kommen werden.

Ausland.

Paris, 23. Mai. „Paris“ erfährt, Graf Münster wolle aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten.

Die Veröffentlichung der Leslöschenden Dokumente wird hier nicht ohne Beforgnis angesehen, da sie Rußland einen Beweis der großen Unzuverlässigkeit der französischen Diplomatie gebe und dasselbe sich wieder größere Reserve auferlegen würde.

Paris, 23. Mai. Die Kombination Freycinet scheint aufgegeben zu sein, vielmehr ist ein Kabinet Duclerc mit Caussier als Kriegsminister wahrscheinlich.

Madrid, 18. Mai. Der erste Geburtstag Alfonso's XIII. gab gestern zu zahlreichen Loyalitätskundgebungen Veranlassung. Ein Unwohlsein hatte die Königin verhindert, von Aranjuez hierherzukommen, um dem feierlichen Empfang im Palaste zu präsidiren. Um auf irgend eine Weise den Tag zu feiern, beschlossen die in Madrid sich befindenden Offiziere aller Waffengattungen, Festessen zu veranstalten, die dann auch in verschiedenen Lokalen stattfanden. Die aufrichtigste Anhänglichkeit für den jungen König und seine Mutter machte sich durchgehends geltend. Am lebhaftesten wurde im Kasino Militar angefoßen, um den letzten Rest der Opposition, der diesen Räumen von der Präsidentschaft Salamanca's her anzuhasten schien, zu verwischen. Das Heer ist entschieden treu und zuverlässig und begeistert für die Königin. Diese hat es demnach nicht veräumen wollen, am Geburtstag ihres Sohnes gegen die Berirren vom 19. September v. J. Gnade walten zu lassen, indem sie die Hälfte der Haft allen am Pronunciamento betheiligten Soldaten schenkte; die lebenslanglich Verurtheilten

